Ä22 Solidarität und Sicherheit auf Basis des Völkerrechts: Für Frieden in Israel und Gaza

Antragsteller*in: Hendrik Pröhl (KV Bremen Links der Weser (LdW))

Änderungsantrag zu LA1

Von Zeile 98 bis 103:
~~In den vergangenen Monaten haben mehrere Staaten angekündigt, einen palästinensischen Staat anerkennen zu wollen, einige haben diesen Schritt bereits vollzogen. Solange die Hamas die politische Führung in Gaza innehat, lehnen wir diese Anerkennung ab. Klar ist, dass es einen geordneten Prozess zur unabhängigen und friedlichen Verwaltung der palästinensischen Gebiete braucht, in dessen Rahmen eine Anerkennung möglich wird.~~

Ein gerechter Frieden kann nur durch eine umfassende Lösung erreicht werden, die auf dem Völkerrecht, der Anerkennung gleicher Rechte für alle Menschen in der Region und dem Ende der Besatzung basiert. Dazu gehört die diplomatische Anerkennung eines souveränen palästinensischen Staates unter Ausschluss jeder Beteiligung der Hamas. Viele Staaten erkennen Palästina bereits an. Es ist wichtig, dass auch Deutschland diesen Schrit geht.

Begründung

Erfolgt mündlich